

Datenschutzrechtliche Information

gemäß Artikel 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)*

Dieses Informationsblatt bezieht sich auf: **Kfz-Zulassungswesen (insbesondere: Neu- und Wiederezulassung, Umschreibung, Abmeldungen, Wiederinbetriebnahmen von Fahrzeugen im Straßenverkehr, Einleitung eines Verwaltungsaktes bei technischen Mangel, HU- und SP-Überschreitung, Ersatzausstellungen der Zulassungsbescheinigungen, Außerbetriebsetzungen, Erfassung von Verwertungsnachweisen und Veräußerungsanzeigen, Reservierung und Vergabe von Kennzeichen)**

Auf der Grundlage von Art. 13 EU-DSGVO informieren wir Sie im Folgenden über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem oben genannten Antrag/Formular. Die in Ihrem Antrag enthaltenen personenbezogenen Daten sind im Ordnungsamt für die Bearbeitung erforderlich und werden nur für diesen Zweck verarbeitet.

Verantwortlichkeit: Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist das Ordnungsamt der Landeshauptstadt Dresden, Theaterstraße 11-15, 01067 Dresden, E-Mail: ordnungsamt@dresden.de.

Zweck der Datenerhebung und gesetzliche Grundlage: Die Datenerhebung ist notwendig, um der gesetzlich geforderten Verwaltung des Fahrzeugbestandes im Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt Dresden im örtlichen und zentralen Fahrzeugregister nachzukommen. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung des Antrages nicht möglich.

Gesetzliche Grundlage für die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten ist: Artikel 6 Abs. 1 c) EU-DSGVO in Verbindung mit

- Straßenverkehrsgesetz (StVG, insbesondere §§ 1 und 31 ff.),
- Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO, insbesondere § 16),
- Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV, insbesondere §§ 6, 31 bis 36),
- Kraftfahrzeug-Steuer-gesetz (KraftStG, insbesondere §§ 1, 2, 13 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, 14),

Ihre Angaben werden nur für diesen Zweck verarbeitet.

Datenübermittlung: Im Rahmen des Verwaltungsverfahrens werden die personenbezogenen Daten nur in dem Umfang an andere Fachämter der Landeshauptstadt Dresden, externe Behörden (Kraftfahrtbundesamt, Hauptzollamt, andere Zulassungsbehörden, Finanzämter, Polizei, Gerichte, Widerspruchs- und Aufsichtsbehörde), Kfz-Versicherungsgesellschaften, Träger der Sozialhilfe, Auskunftsberechtigte zur Verfolgung von Rechtsansprü-

* Sollte das von der Behörde geführte Verfahren in ein konkretes Ordnungswidrigkeitenverfahren übergehen, unterliegt die hier betreffende Datenverarbeitung ab diesem Zeitpunkt dem Regelungsbereich der EU-Richtlinie 2016/680. Die Regelungen der EU-DSGVO gelten für diesen Fall nicht mehr. Die EU-Richtlinie wird umgesetzt durch das Sächsische Datenschutzumsetzungsgesetz (bis zu dessen Inkrafttreten gilt das Sächsische Datenschutzgesetz), so dass sich ab diesem Zeitpunkt Ihre Rechte nach diesem Gesetz bestimmen.

chen und andere berechnigte Stellen sowie an zuständige Stellen anderer EU-Staaten übermittelt, soweit dies erforderlich ist. Eine Datenübermittlung an Drittländer (außerhalb der EU) findet nicht statt.

Dauer der Speicherung: Die nach § 33 Absatz 1 und 2 StVG gespeicherten Daten sind in den Fahrzeugregistern spätestens zu löschen, wenn sie für die Aufgaben nach § 32 StVG nicht mehr benötigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch alle zu dem betreffenden Fahrzeug gespeicherten Daten gelöscht werden (§ 44 StVG i.V.m. § 45 FZV).

Freiwillige, mit Einwilligung der betroffenen Person erhobene Daten werden ab Erfassung gespeichert und gelöscht, wenn der Zweck der Speicherung entfallen ist oder die betroffene Person die Löschung fordert.

Datenerhebung aus anderer Quelle: Falls die Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, stammen diese aus folgender Quelle (Art. 14 EU-DSGVO): Kraftfahrtbundesamt, Hauptzollamt, Gewerberegister, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Einwohnermeldeamt.

Rechte der Betroffenen gegenüber dem Verantwortlichen: Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt gemäß den Bedingungen der EU-DSGVO. Als Betroffener haben Sie folgende Rechte:

- Auskunft nach Art. 15 EU-DSGVO,
- Berichtigung fehlerhafter Daten nach Art. 16 EU-DSGVO,
- Löschung bzw. Vergessenwerden nach Art. 17 EU-DSGVO,
- Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 EU-DSGVO,
- Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 EU-DSGVO,
- Datenübertragbarkeit nach Art. 20 EU-DSGVO,
- Widerruf, wenn die Verarbeitung der Daten auf einer Einwilligung beruht. Die Verarbeitung der Antragsdaten bleibt bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.

Es bestehen ggf. Einschränkungen der genannten Rechte gemäß Artikel 23 Abs. 1 h) EU-DSGVO und spezialgesetzlicher Regelungen.

Der Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden ist erreichbar unter:

Postfach 120020, 01001 Dresden

E-Mail: datschutzbeauftragter@dresden.de.

Recht der Betroffenen gegenüber der Datenschutzaufsichtsbehörde: Als betroffene Person, die ihre personenbezogenen Daten zur Verfügung stellt, haben Sie das Recht auf Beschwerde gegen die Verarbeitung nach Art. 13 Abs. 2 Buchstabe d bzw. Art. 77 Abs. 3 EU-DSGVO. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte.

Impressum

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Dresden

Ordnungsamt
Telefon (03 51) 4 88 63 00
E-Mail ordnungsamt@dresden.de

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (03 51) 4 88 23 90
E-Mail presse@dresden.de

Gestaltung/Gesamtherstellung:
Ordnungsamt

April 2019